

## IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

geehrt und mit großer Freude haben wir im September 2014 die Geschäftsführung des HWWI übernommen. Wir leiten ein Institut, dessen Name aus der wirtschaftswissenschaftlichen Landkarte in Hamburg, aber auch in ganz Deutschland nicht mehr wegzudenken ist.

Unser Ziel ist es, die hanseatische Tradition des HWWI fortzuführen. Das Fundament unserer Arbeit bilden eine unabhängige Forschung, die fachliche Exzellenz und die ordnungspolitische Ausrichtung. Unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse sollen die Entscheidungen in Wirtschaft und Wirtschaftspolitik fundieren.

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unseren Forschungsergebnissen und möchten auch zukünftig in einem engen Dialog mit Ihnen bleiben. Ihre

PD Dr. Christian Growitsch

Direktor und Sprecher der Geschäftsführung

Prof. Dr. Henning Vöpel

Direktor und Mitglied der Geschäftsführung

## IN DIESER AUSGABE

Arbeitskräftemobilität in Europa:

Macht der Euro mobil? Seite 1/2

Wohnen und arbeiten in Hamburg –

heute und vor 25 Jahren Seite 3

Deutschland lebt von der

Substanz Seite 4

Große regionale Unterschiede beim

Siedlungsabfallaufkommen Beilage I

Konjunkturaussichten haben sich

eingetrübt Beilage II

## EUROPÄISCHE INTEGRATION

# Arbeitskräftemobilität in Europa: Macht der Euro mobil?

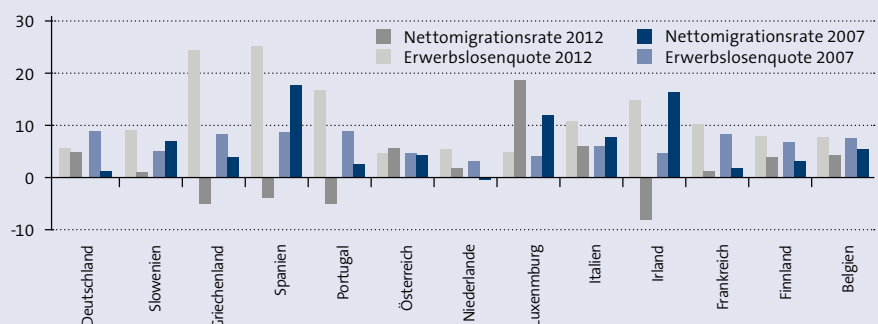
In einer gemeinsamen Studie mit Berenberg hat das HWWI die Wanderungsströme in Europa in den Krisenjahren untersucht. Das Ergebnis zeigt: Die Menschen gehen nach wie vor dorthin, wo die Jobs sind. Auf die gemeinsame Währung kommt es dafür nicht an. Allerdings haben sich die Wanderungsströme unter der Krise gedreht. Von Christina Boll und Julian Sebastian Leppin

In den vergangenen Jahren haben sich die grenzüberschreitenden Wanderungsströme erheblich verändert. Allerdings hat die gemeinsame Währung Euro der Mobilität innerhalb des Währungsraumes bisher keinen direkten und sichtbaren Schub verliehen. Stattdessen hat die Euro-Krise vor allem die Wanderungsströme aus den neuen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) umgelenkt. Statt nach Spanien, Irland und Italien gehen Arbeitskräfte aus diesen Beitrittsländern jetzt in andere Länder Europas. Teilweise sind mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer sogar aus den Euro-Krisenländern in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder in andere europäische Staaten weitergewandert. Zudem wandern aus der Euro-Peripherie auch

immer mehr Einheimische in die europäischen Kernländer ab. Allein nach Deutschland sind im Jahr 2012 rund 349.000 Personen aus der EU-27 eingewandert, davon rund 217.000 Personen aus den neuen Mitgliedsstaaten (NMS-12). Die Wanderungsbereitschaft von jungen, gut ausgebildeten Europäern scheint innerhalb der EU zuzunehmen. Betrachtet man die Mobilität von Arbeitskräften zwischen 2009 und 2012, sind die Binnenwanderungen in der EU-27 in diesem Zeitraum um rund 20 % gestiegen. In Deutschland haben die Zuwanderungen insgesamt im genannten Vierjahreszeitraum um 71 %, aus der EU-27 sogar um 108 % zugenommen.

Die Krise schlägt sich nicht nur in den Einwanderungszahlen, sondern auch in den

Nettomigrationsraten (pro Tsd. Einwohner)\* und Erwerbslosenquote (%) in Ländern der Eurozone\*\* 2007 und 2012



\*Nettozugewanderte Personen pro Tsd. Einwohner bei positiven bzw. nettoabgewanderte Personen pro Tsd. Einwohner bei negativen Werten; \*\*nur Länder, in denen der Euro spätestens 2007 eingeführt wurde.

Quellen: Eurostat (2014); eigene Berechnungen.

Wanderungssalden nieder: Die Entwicklung der Nettomigrationsraten zeigt die heterogene Entwicklung der Wanderungsströme in Europa. Aus vormalen beliebten Einwanderungsländern sind zum Teil sogar Nettoauswanderungsländer geworden. Die Grafik auf Seite 1 stellt die Nettomigrationsraten und Erwerbslosenquoten der Euroländer 2007 im Vergleich mit 2012 dar.<sup>1</sup> In den am stärksten von der Krise betroffenen Euroländern sind die Nettoeinwanderungsraten deutlich rückläufig beziehungsweise haben sich sogar in Nettoauswanderungsraten verkehrt.

Den höchsten Auswanderungsüberschuss im Jahr 2012 mit 7,6 Personen pro Tausend Einwohner verzeichnete Irland bei einer Erwerbslosenquote von 14,7 %. In Spanien lag die Nettoabwanderung 2012 bei drei Personen pro Tausend Einwohner, die Erwerbslosenquote betrug 24,8 %. In Griechenland wanderten im Jahr 2012 bei einer Erwerbslosenquote von 24,3 % netto vier Personen pro Tausend Einwohner aus. Auch in Portugal war die Nettoeinwanderungsquote 2012 mit -3,6 Personen auf Tausend Einwohner negativ – bei einer Erwerbslosenquote von 15,9 %. Fünf Jahre zuvor hatten alle vier genannten Länder sowohl niedrigere Arbeitslosenquoten als auch höhere Nettomigrationsraten.

Die Arbeitsmarktsituation der Euroländer während der Krisenjahre blieb also offenbar nicht folgenlos für ihre Wanderungsbilanzen. Haupttriebfedern von Migrationsentscheidungen sind dabei Beschäftigung und Einkommen. Auf die Währung kommt es dafür nicht an. Die Menschen gehen dorthin, wo die Jobs sind. Zusätzlich wirkt das nach wie vor bestehende Einkommensgefälle zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten und Westeuropa als Hebel, der Wanderungen in Gang setzt.

Der Anteil der Hochqualifizierten an den Wanderungen innerhalb der EU-27 hat sich zwischen 2008 und 2011 um 13 Prozentpunkte erhöht. Allerdings selektieren sich die Migranten unterschiedlich in die Zielländer ein, gemäß den Einwanderungsbestim-

mungen und dem Arbeitskräftebedarf des Ziellandes. Im Vergleich zum Vereinigten Königreich beispielsweise zieht Deutschland eher weniger gut ausgebildete Migranten an. Von *brain drain* kann daher nicht überall gesprochen werden. Angesichts der im Zuge der Krise bedeutsamen Rückwanderungen ist *brain train* ein ebenfalls passendes Stichwort. Allerdings ist der Anteil Hochqualifizierter beispielsweise unter Einwanderern aus den NMS-8<sup>2</sup>, die 2004 der EU beigetreten sind, nach Deutschland zwischen 2001 und 2009 stets höher als unter der deutschen Bevölkerung gewesen und hat sich insbesondere in den Krisenjahren 2008/2009 weiter erhöht. Die Arbeitslosenquote der Einwanderer aus NMS-8 ist infolgedessen in Deutschland deutlich rückläufig. Selbiges gilt (etwas abgeschwächt) für die Einwanderer aus den GIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Portugal und Spanien). Von Armutszuwanderung kann also keine Rede sein.

Hoch qualifizierte Migranten erkaufen sich ihren Arbeitsplatz teilweise mit einem Einsatz unterhalb ihrer formalen Qualifikationen am neuen Arbeitsort. Rund 30 % der Migranten aus NMS-12<sup>3</sup> sind nach Schätzungen der Europäischen Kommission in Zielländern der EU-15 überqualifiziert beschäftigt. Das bedeutet, dass Qualifikationen, die die Personen zumeist im Herkunftsland erworben haben, in ihrem neuen Job nur unvollständig abgerufen werden. Überqualifikation im Job ist der Preis, den viele hoch qualifizierte Migranten für eine Beschäftigung im Zielland zahlen. Ihnen nützt die Freizügigkeit für Arbeitnehmer im gemeinsamen Binnenmarkt aber mehr als Niedrigqualifizierten, die auch andernorts Schwierigkeiten haben, eine Stelle zu finden. Gemessen an einem qualifikationsadäquaten Einsatz von Arbeitskräften stellt Überqualifikation eine Form von Res-

ourcenverschwendung dar. Wenn jedoch Arbeitslosigkeit am bisherigen Arbeitsort die (einzige) Alternative darstellt, dann ist überqualifizierte Beschäftigung am neuen Arbeitsort einzel- und gesamtwirtschaftlich vorteilhafter.

Die rückläufige Nachfrage nach Niedrigqualifizierten hat strukturelle Ursachen. Sie hängt mit dem beruflichen und sektoralen Wandel hin zu wissensintensiven Dienstleistungen, verbunden mit einem allgemeinen Anstieg der qualifikatorischen Anforderungen im Berufsleben, zusammen. Mit diesen Entwicklungen sind alle europäischen Länder (und nicht nur diese) konfrontiert. Zwar ist, wie auf gesamtwirtschaftlicher Ebene gebildete *Mismatch*-Indizes zeigen, der Grad der Nichtpassung von Qualifikationsstrukturen auf der Arbeitsangebots- und Arbeitsnachfrageseite insbesondere in Irland, Spanien und Estland nach 2007 massiv angestiegen, da Niedrigqualifizierte in diesen Ländern noch weit stärker von Arbeitslosigkeit betroffen waren (und sind) als Hochqualifizierte. Der beschriebene wirtschaftliche Wandel erfasst jedoch alle europäischen Staaten und stellt, ungeachtet der asymmetrisch wirkenden konjunkturellen Einbrüche, eine gemeinsame Herausforderung der Arbeitsmärkte aller europäischen Länder dar. Auch bei perfekter Mobilität ließe sich der *Mismatch* in der Eurozone nur begrenzt vermindern.

Auf mittlere und lange Frist trübt die zunehmende Alterung der Bevölkerung ohnehin die interne Mobilität in der EU und der Eurozone ein. Ältere Personen sind in der Regel weniger mobil. Europa ist daher gut beraten, bei den weiteren Bemühungen um die Integration seiner Arbeitsmärkte nicht ausschließlich auf Zuwanderung zu setzen.

<sup>1</sup>Die Nettomigrationsrate gibt (bei positivem Wert) an, wie viele Personen pro Tausend Einwohner in einem Jahr mehr zu- als abgewandert sind. Ist der Wert negativ, sind entsprechend mehr Personen ab- als zugewandert.

<sup>2</sup>NMS-10 ohne Malta und Zypern, also Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn.

<sup>3</sup>NMS-10 plus die 2007 beigetretenen Länder Rumänien und Bulgarien.

**PARTNERPUBLIKATION**

Boll, C.; Leppin, J.; Quitzau, J. (2014): Arbeitskräftemobilität: Macht der Euro mobil?, HWWI & Berenberg (Hrsg.), Hamburg. Download unter: [www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Berenberg/2014-08-25\\_HWWI\\_Arbeitskraeftemobilitaet\\_DE\\_ANSICHT\\_final.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Berenberg/2014-08-25_HWWI_Arbeitskraeftemobilitaet_DE_ANSICHT_final.pdf)

# Wohnen und arbeiten in Hamburg – heute und vor 25 Jahren

Mit der Studie „L(i)ebenswertes Hamburg: Wohnen und arbeiten in Hamburg – heute und vor 25 Jahren“ hat das HWWI im Auftrag der Hamburger Sparkasse die Entwicklung Hamburgs im letzten Vierteljahrhundert analysiert. Die Historie zeigt dabei, dass regionaler wirtschaftlicher Erfolg kein selbsterhaltender Prozess ist, sondern dass es dafür eines stetigen Strukturwandels und Erneuerungsprozesses bedarf. Von Linus Holtermann und Alkis H. Otto

Mit dem Zensus 2011 hat die Bundesrepublik Deutschland eine grundlegende Inventur der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unternommen. Die Volkszählung zuvor datierte aus dem Jahr 1987 und lag damit fast ein Vierteljahrhundert zurück. Nicht nur die Ergebnisse der Volkszählungen zeigen: In den letzten zweieinhalb Jahrzehnten haben sich Gesellschaft und Wirtschaft substantiell verändert. Die Wiedervereinigung und die Auflösung des Ostblocks haben geopolitisch neue Grenzen und Nachbarschaften hinterlassen. Begleitet wurden diese Prozesse durch technologische Umwälzungen und – damit Hand in Hand gehend – die Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten. Auch in Hamburg haben diese Entwicklungen zu tiefgreifenden Veränderungen geführt.

So führten die politische Wende und zahlreiche Bürgerkriege im Ausland Anfang der 1990er Jahre sowie die stärker werdende Urbanisierung Ende der 1990er Jahre wieder zu einem Bevölkerungswachstum von insgesamt rund 120 Tausend Einwohnern. Dabei verzeichneten insbesondere die Gebiete am Stadtrand hohe Wachstumsraten bei den Einwohnerzahlen, da hier neuer und erschwinglicher Wohnraum entstand. Vor allem Familien zog es an den Stadtrand, häufig aber auch in die Vororte der Hansestadt, von wo sie fortan zum Arbeitsort in Hamburg einpendelten. Die deutlich gestiegenen Pendler- und Wanderungszahlen verdeutlichen Hamburgs Funktion als Wachstumspol der Metropolregion. Die Daten der Volkszählung zeigen zudem, dass die Bevölkerung Hamburgs zwar jünger als im Bundesgebiet, gleichwohl aber seit 1987 spürbar gealtert ist. In zahlreichen Stadtteilen beträgt der Anteil der Personen im Rentenalter bereits mehr als ein Viertel.



Hamburgs Wirtschaft wuchs von 1991 bis 2012 moderat mit real durchschnittlich 1,2 % pro Jahr. Die sektorale Entwicklung zeigt für diesen Zeitraum den auch andersorts beobachtbaren Wandel von der industriellen zur Dienstleistungswirtschaft. Vor allem die internationalisierten unternehmensbezogenen Dienstleistungen siedeln sich vermehrt in den Stadtregionen an, da dort ausreichend qualifiziertes Arbeitsangebot, Marktpotenzial und internationale Vernetzung vorhanden sind. Der Industriesektor hingegen verlässt – bis auf hochspezialisierte und innovative Nischen – die Stadtregionen und wandert in das Umland ab.

Der Sektor Handel und Verkehr fungierte in den vergangenen 20 Jahren als Wachstumsmotor der Hansestadt. Eine wichtige Rolle bei diesen Zuwächsen spielte der Hamburger Hafen, in dem sich die Containerumschläge in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelten. Bei den Erwerbstätigenzahlen konnte der Sektor Handel und Verkehr nur moderate Zugewinne aufweisen. Neue Jobs, häufig Teilzeitstellen, entstanden vorwiegend im Dienstleistungssektor. Im Industriesektor waren die Erwerbstätigenzahlen aufgrund des Wirtschaftswandels und des technischen Fortschritts hingegen rückläufig.

Für die kommenden Jahre und Jahrzehnte wird es für Hamburg entscheidend sein, die vorhandenen Standortvorteile zu bewahren und möglichst auszubauen. Ein Grundpfeiler hierfür ist die Bereitstellung attraktiver und erschwinglicher Wohnungsangebote. Hier sollte der Neubau von rund 6.000 neuen Wohneinheiten jährlich auch im kommenden Jahrzehnt beibehalten werden. Ferner sollte eine zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik Bauprojekte vorantreiben, die Wohnen und Arbeiten in der Stadt wieder stärker miteinander integrieren und so durch kürzere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz den Herausforderungen des demografischen Wandels und des Klimawandels besser gerecht werden. Daneben sollten Bildung und Wissenschaft als wirtschaftspolitische Zukunftsstrategie begriffen und stärker gefördert werden, um Firmengründungen und Innovationen in Hamburg zu stärken und den Nachwuchs an Fachkräften zu sichern.

## PARTNERPUBLIKATION

Holtermann, L.; Nitt-Drießelmann, D.; Otto, A. (2014): L(i)ebenswertes Hamburg. Wohnen und arbeiten in Hamburg – heute und vor 25 Jahren. Download unter: [www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Haspa/Liebenswertes\\_Hamburg\\_V\\_18082014\\_Web.pdf](http://www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Publikationen/Partnerpublikationen/Haspa/Liebenswertes_Hamburg_V_18082014_Web.pdf)

# Deutschland lebt von der Substanz

Die Politik der Wohltaten steuert die Bundesrepublik in die falsche Richtung. Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik sollte nachhaltig und mit einer klaren ordnungspolitischen Ausrichtung gestaltet werden. *Von Christian Growitsch*

Die Deutschen sind ein zufriedenes Volk. Die Arbeitslosigkeit ist im europäischen und historischen Vergleich niedrig, die Erwerbstätigenzahl hat in diesem Jahr den höchsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. Ähnliches gilt für Lebenserwartung, Wohlstand und Bildungsniveau. Und trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Dekade, ihrer Folgen und der gegenwärtigen Struktur- und Wachstumsschwäche etlicher europäischer Nachbarstaaten erreichen Exporte und Steuereinnahmen weitere Rekorde.

Dieser auch empfundene Wohlstand hat die Politik auf Wunsch der Bürger dazu bewegt, verschiedene Wohltaten zu verteilen. Bereits im ersten Jahr dieser Legislaturperiode wurden die Rente mit 63, die Mütterrente und das Betreuungsgeld eingeführt und damit Zahlungsverpflichtungen in Milliardenhöhe eingegangen. Parallel hat die Bundesregierung in Märkte interveniert, deren Marktergebnisse

nicht den gesellschaftlichen Vorstellungen der Mehrheit der Bürger entsprechen: Auf dem Arbeitsmarkt wurde der Mindestlohn eingeführt, der Immobilienmarkt mit der Mietpreisbremse reguliert und die Energiepolitik um weitere Quasisubventionen ergänzt. Für jeden dieser Eingriffe mag es valide politische Gründe geben. Ökonomisch sind alle diese Instrumente hinsichtlich ihrer Treffsicherheit und ihrer Effizienz zumindest diskussionswürdig.

Unterdessen mehren sich die ökonomischen Alarmzeichen: Die konjunkturellen Aussichten verschlechtern sich bereits, das Geschäftsklima sinkt und einzelne Branchen beginnen, die Konsequenzen der Sanktionen gegenüber Russland zu spüren. Vor allem aber liegen die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote, der Anteil der Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung und die Investitionen in Infrastruktur zum Teil deutlich unter dem Niveau anderer, mit Deutsch-

land konkurrierender Nationen. Anstatt in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zu betreiben, lebt Deutschland von der Substanz. Gleichzeitig zeigen die politischen Interventionen in bedeutsame Gütermärkte, dass die gegenwärtige Bundesregierung – wie auch viele vor ihr – den Anschein politischer Handlungsfähigkeit über ordnungspolitische Grundsätze stellt.

Um die wirtschaftliche Zukunft der Bundesrepublik nachhaltig zu gestalten, bedarf es eines mutigen Umsteuerns der Politik. Trotz gesellschaftlicher Präferenz für Sozialbehaglichkeit und gegen marktwirtschaftliche Prozesse sollte die Regierung eine zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik mit klarer ordnungspolitischer Ausrichtung verfolgen. Nur dann kann es gelingen, den in den vergangenen Jahren so schwer erkämpften Wohlstand auch für zukünftige Generationen zu sichern.



PD Dr. Christian Growitsch ist seit September 2014 Direktor und Sprecher der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Christian Growitsch war von 2010 bis August 2014 Direktor für Anwendungsforschung und Mitglied der Geschäftsleitung des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln sowie Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

Nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg und Lüneburg promovierte Herr Growitsch an den Universitäten Lüneburg und Cambridge. Im Mai 2010 folgte die Habilitation an der Universität Halle-Wittenberg. Von 2007 bis 2010 leitete er die Abteilung „Energimärkte und Energieregulierung“ des Wissenschaftlichen Instituts für Infrastruktur und Kommunikationsdienste GmbH (WIK) in Bad Honnef.

Der Fokus seiner bisherigen ökonomischen Forschung und wirtschaftspolitischen Beratung liegt im Bereich der angewandten Mikroökonomik.